

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 10. Januar 1903.

№ 4.

Alte und neue Aufgaben unsers Verbandes.

Die wirtschaftlichen Krisen tragen mit vernichtender Schärfe Arbeitslosigkeit und damit Not und Elend in die Reihen des Proletariats. Der zeitweise, künstliche kurze Aufschwung der Industrien wirkt in immer kürzer werdenden Phasen rückwärts und damit fällt den Gewerkschaftsorganisationen die Aufgabe zu, durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ihren Mitgliedern einigermaßen die Fortexistenz zu erhalten, hauptsächlich für die Beschäftigten aber die alten Lohnbedingungen hoch zu halten.

Was sich nämlich als Humanität schön ausnimmt, ist einfacher Trieb der Selbsterhaltung, soll nicht andernfalls der Arbeitsmarkt durch billiges Angebot überschwemmt werden.

Das System der Arbeitslosenversicherung, wie es in der Buchdruckerorganisation eingeführt ist und eine ihrer Existenzbedingungen darstellt, hat ja viele Kreise der anderen Berufsorganisationen erfaßt und auch schon Fortschritte in der Ausföhrung selbst gemacht. Hiermit soll das Wort von der „Pionierarbeit der Buchdrucker“ innerhalb der allgemeinen Arbeiterbewegung zu annähernder Wahrheit schreiben, wenn wir von einer Herringerung des Elendes der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter reden, da der durch Arbeitslosigkeit betroffene Kollege des jeweiligen Berufes durch kleine Unterstützung, „über Wasser“ gehalten wird.

Ist eine Organisation in der Lage, diese Unterstützung dauernd ausreichend zu zahlen, so spielen die hohen Beiträge eine wesentliche Rolle und damit wieder die Art und Weise des Erwerbes. Haben wir Buchdrucker immer eine Aufgabe darin erblickt, unsere Arbeitslosen vor gezungenem Indifferenzismus (billiges Arbeitsangebot aus Not) durch Arbeitslosen-Unterstützung zu bewahren, so ging mit dieser die Festsetzung gleichmäßiger Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Gebiet der Organisation in gleicher Linie (tarifgemeinschaftliche Vereinbarung mit der Prinzipalität). Inwieweit dieser Punkt geeignet, „Ruhe im Gewerbe“ zu zeitigen, kann nicht abgeschlossen beurteilt werden, weil die Erfahrungen zu neuzeitig sind, um als dauerndes Vorbild zu gelten. Jedenfalls ist die Aufgabe eine vornehme und gerechte und durchführbar, andernfalls erstrebenswert für diejenigen Berufe, welche noch minder fortgeschritten in der Organisation sind. — Die Unzeit hat nun Forderungen gebracht, welche darin gipfeln, Staat und Kommune zur Arbeitslosen-Unterstützung heranzuziehen und damit einen neuen Zweig der sogenannten Arbeiter-Verföderung zu schaffen, von der Annahme ausgehend, daß der Staat, welcher uns als die wahren Brotgeber überanfreugt, auch die Pflicht hat, für „unverschuldeten“ Arbeitslosigkeit Unterstützung zu gewähren. — War der Weg der Tarifden Organisationen durch die Maßnahmen des Kapitals vorgezeichnet, hatte man immer die schreiende Ungerechtigkeit der privatkapitalistischen Ausbeutung und deren Beseitigung (nach anderer Lesart Milderung) als Brennpunkt betrachtet, so gewinnt jetzt die Idee an Boden, den Staat für diese Verantwortung zu bestimmen, d. h. Verföderung der Arbeitslosen-Unterstützung durch Staat und Kommune. — Derselbe Staat, der seine vornehmste Aufgabe in Stärkung des Kapitalismus und Junkertums erblickt, derselbe Staat, welcher Unfähigkeit bei Schaffung der durchweg ungenügenden Kranken-, Invaliden-, Unfallversicherung bewiesen hat, derselbe Staat, welcher aus Vertretern des Kapitals, mit der diesen genehmen Person als Präses der Regierung, besteht, diese Musterorganisation der Ungerechtigkeit und zu Gewalttaten geneigten Ausbeuterklasse weniger Personen, welche die Arbeiter als „Arbeitsstier“ betrachten, soll Maß und Ziel halten können bei der Frage der ökonomischen Stellung der Arbeiterklasse, soll Mitbestimmter des Falles der „unverschuldeten“ Arbeitslosigkeit sein, oder — wie weit ging der Glaube an die „Reformfreundlichkeit“ der Regierung? — Haben die übrigen „Versicherungswohltaten“ den Arbeitern Knüttel zwischen die Beine geworfen, so wird ein Neglement der Arbeitslosen-Unterstützung den Gewerkschaften Pulver und Blei verschreiben, wenn die gemeinsame Erhebung zwecks Lohnverbesserung zur „verschul-

deten Arbeitslosigkeit“ treibt. Die Sorge für die Arbeitslosen ist eine Frage von so ausschlaggebender Bedeutung, daß sie nicht genug ventiliert werden kann. Bis jetzt galt es als vornehmste Forderung der Gewerkschaften: „Verkürzung der Arbeitszeit“, diese alte Forderung kann auch nur die neue bilden! Die Verkürzung der Arbeitszeit muß die Aufgabe jeder Organisation sein, welche als existenzberechtigt gelten will, sonst ist kein Raum für sie in der modernen Arbeiterbewegung; jede Reformbewegung allein ist eine Frenie des Wortes Fortschritt, jeder Stillstand auf diesem Gebiete heißt Rückschritt. Eine Organisation, welche durch ein umfangreiches Kasernenwesen die Hauptfrage nach Abhilfe der Arbeitslosigkeit durch Unterstützung allein beantwortet würde, stößt die Kerntruppen ihrer Mitglieder vor sich, ohne Ersatz dafür zu schaffen.

Der Kapitalismus und seine fortschreitende Entwicklung bedingt die Niederringung der Arbeiterklasse in jeder Form; der Mittel gibt es verschiedene, wobei die Freiföderung der Massen das jetzt weitaus beliebteste ist und nebenhergehend drohende und verheißende Worte der höchsten Personen gelten.

Die natürliche Gueverschaft des Kapitals muß uns als Arbeiter den Weg bezeichnen, dann wird und muß auch der Einfluß der Organisationen zwecks Regelung und Nachfrage auf dem Arbeitsmarke entschieden Front gegen die Heberarbeit machen, als ein großes Gebiet der Arbeitslosenfrage. Wenn ich heute behaupte, der Mißbrauch der Heberarbeit, der Mißbrauch der Accordarbeit bringt gerade unsern Beruf alle Arbeitslose, so werde ich dieses zur gegebenen Zeit beweisen, freilich, nicht zum Ruhme unsrer, ach so festen Organisation. Hier heißt es eingreifen! Die alte Mahnung: Accordarbeit ist Mordarbeit! muß erringen, was wir fordern; erst muß der Körper erkranken, dann erst sieht es der Weiser ein, daß es zu spät ist. Kurze Zeit höherer Verdienst unter gleichzeitiger Abgrabung des eignen beruflichen Arbeitsfeldes sind die Kaufobjekte, bezahlt mit verkürzter Lebenszeit und endlichem Zusammenbruch der gemeinschaftlicher Standesinteressen sowohl als Arbeiter wie als Mensch. Ich höre schon den Vorwurf der Heberarbeit, der Lust anzutempeln; nun denn, ein Wort zur Güte: Jede Heberarbeit ist mit 30 Proz. ihrer Bezählung der Kasse unsers Verbandes zu überweisen, ist also die Heberarbeit nicht so groß, wie ich behauptet habe, dann wird auch die Summe gering sein, welche im Interesse der Arbeitslosen eingeht, jedenfalls nehmen aber unsere minder gut entlohten Kollegen alles an, was zu einer gerechtern Gestaltung der Besteuerung der Verbandsmitglieder zwecks Unterstützung der Arbeitslosen führt. Der einfache Jünger der Kunst zahlt jetzt Beiträge, damit die durch Heberarbeit und sogenannten hohen Verdienst erschöpfte Gesundheit seiner besterhaltenen Kollegen wieder hergestellt wird. Die alte-neue Forderung unsrer Gewerkschaft muß daher sein:

Fort mit jeder Heberarbeit! Fort mit jeder Accordarbeit!

Es fehlt aber auch nicht an vollständig neuen Aufgaben; freilich, die noch etwas verschleierte Form, in welcher ihre Aufkündigungen stattfanden, gestattet keinen tiefen Einblick, der Nahesiehende vermag freilich schon jetzt zu urteilen, wie weit Zweckmäßigkeit als Keiterin des Gebankens tätig war. Ich komme zur Betrachtung der auch vom Kollegen Rezhäuser angestrebten Interessensvertretung der Gewerkschaften in politischer Weise in Staat und Gemeinde. — Es konnte nicht ausbleiben, daß der große Zug nach Tarifvereinbarung, wie er gegenwärtig die Gewerkschaften beverföcht, auch Anspruch auf Anerkennung seitens der städtischen usw. Behörden erheben mußte, wollte er nicht eine teilweise Erfolglosigkeit zeitigen, d. h. sollten Arbeiter der Kommunen nicht unter dem mit dem Unternehmer vereinbarten Lohnsatze hergestellt werden. Aufgabe der Unternehmer wäre es gewesen, Anerkennung des vereinbarten Tarifes innerhalb der maßgebenden Verwaltungen zu erstreben, weil ihre Verbindung eine weiteregehend ist, als wir als Arbeiter sie auszunutzen können. Weit gefehlt! Es blieb Aufgabe der jeweiligen Ortskollegen, durch geeignete Personen, wenn solche vorhanden waren, im Stadt- usw. -Parlamente diese Forderung zu stellen und wurde ja auch teilweiser Erfolg erzielt und Anerkennung unsers Buchdrucker Tarifes errungen.

Man sieht also hier schon das Widerstreben des Unternehmertums, etwas für die Tarifeinföhrung zu tun, was ihnen näher lag als den einfachen „ungebildeten“ Arbeitern. — Gatten es die betreffenden Ortskollegen als Pflicht angesehen, so zu handeln, so nahm es der Beauftragte auf sich, und wofol waren es ausschließlich Sozialdemokraten, welche ihre Abordnung als Gemeindevertreter usw. benutzten, diese Forderung zu unterbreiten.

Ihre Ausführungen unter Weisöfung des allerorts noch beliebten Submissionswesens hatten also Erfolg, wo eine einflußreiche Arbeitervertretung vorhanden war. Nun ist die Tarifvereinbarung eine Errungenschaft der Organisationen, doch gewährt sie auch den Nichtmitgliedern Anlehnungspunkte (ja selbst in Lohnprozessen), obgleich dieselben nichts für die Gestaltung des Arbeitsmarktes tun. Nahe liegt es, diese Feuertenden und teilweise mit Genießenden zur Mitarbeit heranzuziehen, fernsehen aber muß es, diesen Personen nur vorübergehend Unterschluß zu gewähren, damit sie zurzeit einer Bewegung als „gestärkt“ sich am Streikbunde beteiligen. Zwecks Gewinnung neuer Mitglieder darf eine Gewerkschaft nicht Allverwelts-Politik treiben und muß es daher wundern, wenn unser Redakteur Rezhäuser jetzt Verlangen nach den rechtsstehenden christlichen Organisationen hat, nur um die radikal linksstehenden trennen und alten Kollegen abzuwimmeln. Welch ungeheurer Trennungsgrad liegt zwischen seinen Worten, daß er das Gute will, wo doch seine Augen sehen müssen, wie er das Böse schafft.

Neben allen Feuertenden gelang es den berufenen oder unberufenen Vertretern des Kleins Organisations zu schaffen, mit dem ausgesprochenen Zwecke, Stille und Milderheit in der Politik zu haben, vorfaktlich freilich gipfelten die Programme der Gründung in Schaffung von Reformbestrebungen mannigfacher Art, welche hauptsächlich unsererseits als „Wohlfahrtsbestrebungen“ gefaßt werden. Die Zeit und der Beitritt teilweise größerer Gruppen „christlicher Arbeiter“ brachten einen Aufschwung der Ziele dieser Organisationen herbei, indem der wirtschaftliche Niedergang der Industrien ein guter Lehrmeister war und andererseits dem Unternehmertum jede Organisation ein Dorn im Auge ist. Die Leitungen dieser Gewerkschaften wurden teilweise vollständig unabhängig vom Pfaffenstum und damit diese Gewerkschaften ebenfalls Kampfororganisationen, jedoch nur in sehr, sehr geringer Ausnahme und überaus gemäßigter Weise. In einigen Orten jedoch nur da, wo die Notlage der Arbeiter zur Verzweiflung drängte, fand darum ein gemeinsames Vorgehen der „roten“ und „christlichen“ Gewerkschaften statt; wo erstere nicht vorhanden alleiniges Vorgehen der letzteren sogar.

Dokumentierten im letztern Falle die Kapitalisten jede Einheitslosigkeit, so schufen sie hiernit einen Ausgangspunkt zwischen den beiden auseinander strebenden Richtungen: Den gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmertum!

Daraus weiteres zu folgern, hieße den Erfahrungen widersprechen, auch ist es unmöglich, in jeder Weise mit christlichen Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen, weil die Garantie für die Ehrlichkeit der ökonomischen Interessen nicht überall seitens derselben gegeben ist und die modernen Gewerkschaften jede Betonung religiöser Fragen auszuschließen haben. Ebenso wie es keinen Juden oder Christen als Ausbeuter gibt, sondern nur der erbarnungslose Kapitalist unser Gegner ist und bleiben wird bis zur endgültigen Erreichung aller Forderungen der Menschheit, ebenso müssen wir klar und deutlich unsere Lösung erschaffen lassen: Verkürzung der Arbeitszeit als Parole zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Fort mit jeder Sonderansicht, ehe nicht diese „Existenzfrage“ geregelt.

Als Ausfluß der letztgeschilderten Vorkommnisse tritt nun dieser Feind der Allgemeinheit auf, benamset: „Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften in Staat und Kommune.“ Das Hifthorn bläst sogar kein Privatmann auf dem Wege der Zerplitterung, sondern die Amtsperson unsrer Buchdruckerorganisation, Redakteur Rezhäuser, und ob er damit Erfolg hat, bleibt außer Frage, da der Corr. jetzt wieder gelesen wird, während er vormals vielfach anstandshalber als Verbandsorgan abonniert war.

Zur Sache selbst! Die Gemeinsamkeit der beruflichen Interessen hat uns als Buchdrucker zusammengeführt und

unsre Organisation ausgestaltet. Als Organ dieser Gemeinamkeit der Interessierten dient uns der Korrespondent und als Wahrer und Schützer des Inhaltes unsers Blattes der Redakteur. Hat nun Kollege Rezhäuser als Redakteur gemeinsame Interessen gewahrt? Hat er die Meinung eines großen Teiles der Kollegen vertreten? Heraus mit der Sprache! — Ohne Hinterhaft sind die Auslassungen nicht begonnen worden, nur fragt es sich, wer ist der Mitschuldige. — Wie die Wertung der beruflichen Interessen aussehen würde, gibt die kirchliche gerichtliche Beurteilung einer englischen Gewerkschaft wieder, wo in England die politische Aktion fast vollständig ruht. Geseht den Fall, alle Gewerkschaften würden die Frage der Interessenvertretung auf ihr Banner schreiben, bei der praktischen Durchführung von Wahlen Rezhäuserlicher reiner Arbeitervertreter kämen wir Buchdrucker zu kurz, da unser Beruf jedenfalls im Verhältnisse zu klein an Zahl und wie wollte Rezhäuser im andern Falle als „reiner Arbeitervertreter“, „Maurerinteressen“ vertreten, ebenfalls jeder andere schliche Mann aus der Werkstatt nach seiner Meinung stimmen könnte. Nicht die praktische Durchführung der Rezhäuserischen Ideen war maßgebend bei der Proklamierung, sondern der alte Woll und die so vollständige Rechts-schwelung hinüber in das Lager der Arbeiterfeinde. An uns ist es nun Kollegen, entweder wir gestatten fernerhin die unbefugte Benutzung unsers Blattes zu derartigen Erzielungen oder aber mehr nach rechts zu Sonderbündelerei, zur „Kaiserpartei!“
Berlin, 1. Januar 1903. Emil Wolm.

Zum Schwanengefange

Rezhäusers möchte ich nun doch einiges sagen, selbst auf die Gefahr hin, zu denjenigen Kollegen geüßt zu werden, die das selbständige Denken verlernt haben; einmal, um der von Rezhäuser in die Welt gesetzten Mär, daß man ihn „von einem gewissen Arbeitgeberstandpunkte zum Schweigen zwingen wolle“, entgegenzutreten, dann aber, um der weitem Verdrängung den Boden zu entziehen, „daß die Corr.-Redaktion mit Hilfe der Kollegen zu gunsten der Partei stumm gemacht worden“ sei. Man braucht nur einen weitem Satz Rezhäusers den beiden mitgeteilten gegenüber zu stellen, um die Haltlosigkeit der Rezhäuserischen Behauptungen zu erkennen: „Nicht Feigheit ist es, die mich bestimmt, für meinen Teil hiermit das Kapitel zu schließen, sondern die Erkenntnis, daß ein gewaltfamer Austrag vorstehender Angelegenheit die Organisation in einen unheilvollen innern Zwist erschüttern machen würde“ usw. Was ist denn nun richtig? Entweder man hat ihn gezwungen oder er ist selbst zu der Erkenntnis gekommen, nicht auf dem beschränkten Wege weiter zu gehen. Ich nehme das letztere an. Freilich kommt ihm diese Erkenntnis reichlich spät. Gerade aus dieser Erkenntnis haben die Mitglieder protestiert gegen Rezhäusers Stellungnahme, im Interesse des Verbandes und nicht zu „gunsten der Partei“. Gerade weil die Mitglieder längst eingesehen haben, daß im Interesse einer ruhigen Weiterentwicklung und der praktischen Arbeit die Weiterentwicklung unter den Arbeitern endlich auszuführen haben, wird Rezhäusers Stellungnahme so scharf verurteilt. Das ist auch Rezhäuser schon auf der Generalversammlung gesagt worden, aber er hat nicht hören wollen. Wie heißt doch das bekannte Sprichwort? — „Wer nicht hören will, muß fühlen.“

Aber es kommt noch etwas andres hinzu, das für die Mitglieder und auch für den Corr. bestimmend ist, das ist unser Statut, welches Rezhäuser ebenfalls anführt, um sein Auftreten zu rechtfertigen. Er verzieht aber hinzuzufügen, daß § 1 ausdrücklich besagt: „... Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen.“ Das Statut hat heute noch Geltung und die Mitglieder handeln im Interesse des Verbandes und nicht „zu gunsten der Partei“, wenn sie in der Frage der Gewerkschaftspolitik gegen Rezhäuser Stellung genommen haben.

Interessant ist es, einmal zu hören, welchen Standpunkt Rezhäuser vor seiner Auserweisung in dieser Frage einnahm. In Nr. 121 vom Jahre 1896 des Corr. heißt es: „In Wirklichkeit sind es nicht bloß gesetzliche Hindernisse, welche einer politischen Beteiligung in den Gewerkschaften entgegen stehen; es sind auch Gründe rein praktischer Natur — und vor allem steht dem das Statut in ganz bestimmter Weise entgegen. Es wird keinem Kollegen einfallen, heute behaupten zu wollen, der Passus „unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“ sei auf Drängen des Zentralvorstandes in das Statut gekommen usw.“

Hieran anschließend bringt Rezhäuser eine Erklärung des früheren Bauvorstehers für Erzgebirge-Bogland Trmscher:

„... Ich stehe auf dem Standpunkte des Gewerksvereins und bin dafür, daß alles zu vermeiden ist, was nach Politik riecht. Wer Politik treiben will, der gehe in einen politischen Verein. Ich sehe eine Gefahr darin, wenn politische Bestrebungen nicht streng ausgeschlossen sind.“

Das war 1896. Seitdem hat sich absolut nichts geändert, das diese Sätze umstoßen könnte. Unser Statut besagt heute noch genau dasselbe wie damals. Und das ist für uns in erster Linie maßgebend. Will Rezhäuser hierin eine Aenderung, dann steht es ihm durchaus frei, einen diesbezüglichen Antrag zur Generalversammlung zu

stellen. Dann wird er ja sehen, inwieweit er Gegenliebe mit seiner Ansicht findet. Aber auch die Sozialdemokratie nimmt heute noch genau denselben Standpunkt ein, welchen sie 1896 vertrat; in ihrem ganzen Auftreten und Verhalten ist nichts zu entdecken, das einen solchen plötzlichen Umschwung in das Gegenteil rechtfertigen könnte. Auch die Kollegen sind in ihrer Auffassung dieselben geblieben. Nur Rezhäuser allein hat seine Meinung gründlich geändert und glaubt nun, die Kollegen würden ihm ohne weiteres folgen und seiner unter Aufsicht der Herren Dr. Freund und Kuhlmann und neuerdings des Frl. Zule errungenen Privatansicht über Gewerkschaftspolitik freudig zustimmen. Das haben die Kollegen, wie zu erwarten war, nicht getan, und so sind denn die Geister lustig aufeinander geplatzt. Und weil die Kollegen das nicht getan haben, deshalb „haben die Parteigenossen unter ihnen das selbständige Denken verlernt“, deshalb ist „mit Hilfe der Kollegen die Corr.-Red. zu gunsten der Partei stumm gemacht worden“, deshalb „bewegt sich die Politik unserer Kollegen weniger in den Grenzen des Bestandes als vielmehr in denen des Gefühls“, deshalb „die verwilderte Hege auf seine Person“, deshalb endlich haben die Kollegen kein Vertrauen in seine ehrlichen Absichten. Hand aufs Herz, Kollege Rezhäuser! Gehen Sie einmal in ihr stilles Kämmerlein, denken Sie daran, was Ihnen schon auf der Generalversammlung in München gesagt wurde, daß die Leipziger Verhältnisse Sie verbittert haben, und dann prüfen Sie 'mal aufrichtig, ob Sie alleine nur der gute Sohn sind und alle die protestierenden Kollegen die denkunfähigen bösen Vuben.

Weiter interessant ist es, in dem oben angeführten Artikel zu lesen, was Rezhäuser 1896 über die Stellungnahme der Partei zu den praktischen Fragen schrieb. Er sagt in dem betr. Artikel:

„... Auch die Partei hat sich nach schweren Kämpfen durchgerungen zu der Einscheidung, daß eine ändernde Kritik an den bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftszuständen allein nicht die Aufgabe der Partei machen kann. Auch die Sozialdemokratie ist gezwungen, wenn sie nicht das Schicksal aller bisherigen Parteien teilen will, praktisch mit Hand anzulegen, um in Vereine mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien heute schon auf dem Wege der Gesetzgebung eine Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter herbeizuführen. Eine derartige Beteiligung an den parlamentarischen Geschäften ist als „nicht zielbewußt“ schon seit Jahren von dem radikalen „linken Flügel“ mehr oder weniger heftig bekämpft worden, aber alle Parteitage haben diese praktische Betätigung als im Interesse der Arbeiter und der Partei gelegen erachtet. ...“

Hieran anschließend bringt Rezhäuser eine Erklärung der hauerischen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten vom 31. Mai 1894, welche in diesem Sinne in der Kammer Stellung genommen, zum Beweise seiner obigen Behauptung, ferner den Anspruch Liebnechts auf dem Parteitage in Breslau: „Die Partei ist, wenn sie nicht ihre Existenz aufgeben will, gezwungen, alle uns angehenden Tagesfragen von der praktischen Seite aufzufassen, und alles praktische Handeln ist mehr oder weniger ein Kompromiß zwischen Theorie und Tatsachen“ und andere Beweise nach dieser Richtung.

Heute scheint das alles nicht mehr zu gelten, heute kennt Rezhäuser nur noch „die mißverstandenen Endziele, Revolutions- und Zusammenbruchsprachen“, heute „tröpfelt aus der Sozialdemokratie das lähmende Gift in die Adern der Gewerkschaftsbewegung“, heute „ist die geistige und materielle Hebung der Arbeiter, ihr Einfluß im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben doch nur den Gewerkschaften zu danken“, heute spricht Rezhäuser nur noch von den sozialdemokratischen Lehrern, Pastoren, Unternehmern, Schriftstellern, Apokrifern, Rechtsanwälfen, Bierwirten usw., mit demselben Rechte, wie wenn man von dem „Redakteur“ Rezhäuser sprechen würde, der jede Verbindung mit den Kollegen verloren hat, heute können die Führer nicht über „Halbheiten“ hinaus usw. Und die Parteiblätter und Kollegen, welche die gewaltige Sinnesänderung Rezhäusers nicht mitgemacht haben und ihrer Ueberzeugung treu geblieben sind und aus dieser Ueberzeugung heraus gegen derartige Kneipereien und Verzerrungen mit Recht Stellung nehmen, sind einseitig fanatisiert, haben das selbständige Denken verlernt und was dergleichen liebliche Bezeichnungen mehr sind. Mein, Herr Rezhäuser, die jetzt beliebte Methode ist keine sachliche Darstellung des Wesens der Sozialdemokratie, und so lange Sie im Gegenjase zu Ihrer früheren Auffassung derartige Schilderungen weiter zum Besten geben, dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn Ihnen kräftig entgegengetreten wird, selbst auf die Gefahr hin, daß Sie über Beschränkung der Meinungsfreiheit eifern. Ich bin der Meinung, daß der Redakteur gleich den Mitgliedern das Statut zu achten und private Wünsche zurückzustellen, sich in erster Linie zu bescheiden hat. Kann er das nicht, läßt seine impulsiv Natur eine Unterordnung unter das Statut nicht zu, dann hat er die Konsequenzen zu ziehen, nicht die Mitglieder. Wenn der Fall umgekehrt läge, ein Mitglied würde Rezhäusers Ansicht im Corr. provozieren wollen, Rezhäuser würde mit Recht unter Hinweis auf das Statut und unter Betonung tatlicher Missetaten die Aufnahme verweigern. Daran zweifle ich gar nicht.

In der Frage der Neutralität der Gewerkschaften, die ja eng verknüpft ist mit der Frage der Gewerkschaftspolitik, hat der Reichstagsabgeordnete v. Elm im Frühjahr v. J. im Korrespondenzblatte entschiedene Stellung

genommen gegenüber Dr. Freund, welcher gleich Rezhäuser die „Emanzipation der Arbeiterbewegung von der Partei“ befürwortet, um die Bildung einer neuen Partei anzubahnen, die eine „verständliche, überzeugungstreue Sozialpolitik treibt“, desgleichen später in der neuen Zeit der Münchener Arbeitersekretär Timm, der von Dr. Freund als Eideshelfer gegen v. Elm angerufen worden war. Es wäre nun sehr nahegelegt gewesen, wenn Rezhäuser sich mit diesen beiden Artikeln eingehend beschäftigt hätte. Das hat er meines Wissens nicht getan, statt dessen in seinen Artikeln alles das herangezogen, was die Sozialdemokratie in den Augen der Buchdrucker herabzusetzen geeignet erscheint. Timm sagt in seinem Artikel u. a.:

„Es sind ganz andere Ausgangspunkte und Beweggründe, die uns und die bürgerlichen Sozialreformer zur Befürwortung der Neutralität der Gewerkschaften führen. Die Sozialreformer wollen die Neutralität aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie, wir aus Rücksicht auf die indifferenteren Massen. Die Sozialreformer wollen die Neutralität, um die Gewerkschaften von der Sozialdemokratie loszulösen, wir wollen sie, um den Gewerkschaften auch nichtsozialdemokratische Massen anzuschließen. Uns reizt die Möglichkeit, den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Unternehmer auf breitere Basis zu stellen, die Sozialreformer dagegen locken uns mit der Aussicht, daß wir durch die Neutralität die Sympathie des Unternehmertums und der Regierung erwerben würden... Wir wollen bei aller Unabhängigkeit der Organisationen ein Zusammenwirken von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, die Sozialreformer wollen durch die Entwicklung der Gewerkschaften die Sozialdemokratie sprengen... Nach Dr. Freund soll die „Emanzipation der Arbeiterbewegung von der Partei“ durchgeführt werden, um die Bildung einer neuen Partei anzubahnen, einer Partei, die eine „verständliche überzeugungstreue Sozialpolitik“ treibt... Das Bleigewicht der Sozialdemokratie müsse der Arbeiterklasse genommen werden, auch deshalb, damit der Träger der Krone sich mit ganzem Herzen der sozialpolitischen Bewegung zuwenden könnte... So sehr die Arbeiter durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen besetzt sind, die Lage der Arbeiter auch unter den kapitalistischen Verhältnissen zu verbessern, so sehr müssen sie sich auf Schritt und Tritt davon überzeugen, daß eine durchgreifende Aenderung der Lage der gesamten Arbeiterklasse unmöglich ist, so lange der Privatbesitz an Produktionsmitteln verbleibt. Selbst die weiteste Demokratie befähigt bloß die Entredung des Arbeiters, nicht die Ausbeutung. Die ganze kapitalistische Produktionsweise, die sich die Arbeiter wie Rohstoffe oder Maschinen kauft, den Bedürfnissen des Volkes keine Rechnung trägt und auf Perioden des wildesten Aufschwunges Perioden der Krise mit dem ganzen Jammer der Arbeitslosigkeit folgen läßt, sowie die kapitalistische Staatspolitik mit ihrem Militarismus, ihren Böllen und ihrer Kolonialpolitik widersprechen den Interessen der Arbeiter. Die soziale Revolution ist kein Hingespinn, sie ergibt sich aus dem tagtäglichen Kampfe der Arbeiter. Die moderne Arbeiterklasse hat ihre Aufgaben für die Gegenwart und Zukunft gefunden aus der historischen Entwicklung der Gesellschaft... Das gegenwärtige Staatswesen erscheint der denkenden Arbeiterklasse nicht als der Ausdruck der höchsten Vollendung, an dem nicht zu rütteln ist... Die Sozialdemokratie setzt sich zusammen aus dem Klassenbewußtsein des Proletariats und dem Sozialismus, dessen wissenschaftliche Entwicklung sich durch die ganze Kulturgeschichte verfolgen läßt. Es war nur natürlich, konnte gar nicht anders sein, daß er zuerst den Arbeitern von Männern der Wissenschaft beigebracht worden war.“

Vielleicht versteht nun Rezhäuser, weshalb die sozialdemokratischen Buchdrucker das Vertrauen zu ihm verloren haben.

Hamburg.

Robert Kantke.

Keine Arbeitervertreter?

Seitens der Kollegen, die bisher im Corr. sich über die letzten Artikel unsers Redakteurs geäußert haben, ist das Schwert abschließend gegen das Verhalten Rezhäusers zur sozialdemokratischen Partei gezogen worden. Die nachstehenden Zeilen sollen hauptsächlich dem Besuche dienen, die Auslassungen des von der reinen Arbeitervertretung als irrtümlich zu erweisen.

Vorerst aber noch einige Bemerkungen allgemeiner Natur. Wenn die Kollegenschaft in erbittertem Protest darüber ausbricht, wie der Corr.-Redakteur sein auf dem Gewerkschaftskongresse wie auch auf unserer Generalversammlung gegebenes Versprechen, Frieden mit der f.-d. Partei zu halten, verweigert, so schließe ich mich diesem Proteste voll und ganz an, wenn ich auch die Ausführungen des Kollegen Th. Ströhlbeil in mancher Hinsicht nicht billigen kann. Denn den guten Glauben möchte ich dem Kollegen Rezhäuser doch nicht absprechen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß R. tatsächlich (ohne alle Hintergedanken) der Ueberzeugung ist, der Arbeiterklasse mit seinem Programm zu nützen, was ja auch ganz verständlich ist, wenn man bedenkt, daß R., nachdem ihm die Mitarbeit innerhalb der Partei aus irgend welchen Gründen unmöglich geworden ist, mit der Fähigkeit eines Fanatikers seine Meinung für die alleinigmachende hält.

Die Hauptschuld an den Verhältnissen müsse ich aber nicht dem Kollegen R., sondern denen zu, die ihn auf der Generalversammlung als Redakteur wieder wählten. Nachdem

